

# Haushalt 2014 der Stadt Aalen

## Sperrfrist bis zum 19.12.2013, 14:00 Uhr

### Gemeinderatsfraktion FDP / FWV

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

dies ist der erste Haushalt, den Sie, Herr Oberbürgermeister Rentschler, verantworten. Ich könnte mir vorstellen, dass Sie gespannt darauf warten, wie der Rat diesen Haushalt bewertet.

Ich will unsere Einschätzung vorwegnehmen, der Haushaltsansatz ist bei den Einnahmen sehr optimistisch und daher auch bei den Ausgaben überhöht, das heißt, statt der Rückführung der Schulden auf circa 50 Millionen in 2014 wird es unter günstigen wirtschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Aalen bei dem Schuldenstand von 2013 bleiben, es sei denn, Sie rechnen damit, dass nicht alle beschlossenen, ausgabewirksamen Maßnahmen für 2014, wie sonst üblich, umgesetzt werden.

#### **1. Einnahmen**

Einen Zuwachs an der Einkommensteuer erwarten Sie für 2014 auf 31,6 Millionen € zu 29,1 Millionen € des Jahres 2012, dies entspricht einer Steigerung von 8,6 %, was weit über dem geschätzten Wachstum des Bruttosozialproduktes liegt.

Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer soll dagegen unverändert bei 3,8 Millionen € bleiben, wie kommt solches? Er müsste ebenfalls steigen.

Die Finanzzuweisungen sollen demgegenüber von 28,6 Millionen € in 2012 auf 31,6 Millionen € in 2014 steigen, was weit über dem zu erwartenden Wirtschaftswachstum liegt.

Das Jahr 2014 wird nach Ihren Prognosen ein "vergnügliches Jahr" mit einem Anstieg der "Hunde- und Vergnügungssteuer" um fast 36 %. An den Hunden wird es kaum liegen, dann aber an den zu versteuernden Vergnügen, dies müsste Ihrem Verdienst, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, zugerechnet werden, erlauben Sie mir diese scherzhafte Bemerkung.

Die Gewerbesteuereinnahmen unterliegen großen Schwankungen. Sinnvoll ist es daher, mit langjährigen Mittelwerten zu rechnen. In den Jahren von 2000 bis 2006 waren die Gewerbesteuereinnahmen im Mittel bei 22,5 Millionen € pro Jahr, in den Jahren von 2007 bis 2011 bei 28 Millionen € / Jahr, das heißt, die jährlich zu erwartenden Steigerungen betragen realistisch 1 Million € / Jahr.

In Anbetracht der nicht einheitlichen Wirtschaftslage in der Industrie wird trotz einer hohen Beschäftigungszahl damit gerechnet werden müssen, dass auch in 2014 einige Fertigungsbetriebe, wie auch in 2013, in eine schwierige Lage kommen werden. Die Gewinne schrumpfen. Es ist daher ökonomisch sinnvoll, mit rückläufigen Gewerbesteuereinnahmen zu rechnen. Persönlich rechne ich mit Gewerbesteuereinnahmen in 2014 von 32 Millionen €, wenn nicht einige Sondermaßnahmen höhere Einnahmen bescheren, durch zum Beispiel Steuernachzahlungen.

Trotz der alles in allem sehr guten Wirtschaftslage in der Bundesrepublik Deutschland schlagen Sie eine Erhöhung der Grundsteuer B von ca. 8,4 auf 9,6 Millionen € vor. Ganz allgemein trifft diese Steuer vor allem die Mieter.

Steuererhöhungen passen nicht in die derzeitige wirtschaftliche Landschaft, zumal Gas und vor allem Strom sich gleichzeitig erheblich verteuern.

Wir sehen natürlich auch, dass es sowohl bei Investitionen, als auch bei Instandhaltungen von Schulgebäuden und Straßen erheblichen Finanzbedarf gibt, was auch für eine Steuererhöhung sprechen würde.

## **2. Ausgaben**

Ein Blick auf die moderat ansteigenden Personalkosten um jährlich circa 0,6 Millionen €, das heißt, circa 1,7 %, ist Bersorgnis erregend. Die jährlich zunehmenden Einnahmen im Haushalt der Stadt Aalen werden zu einem erheblichen Anteil für die Steigerung im Personalhaushalt gebraucht.

Im Übrigen erfordern es die steigenden Personalausgaben, in 2014 die Gebühren und Abgaben zu überprüfen und womöglich anzupassen, was auch zu Kostensteigerungen führt.

Der Haushalt der Stadt Aalen wurde in der Vergangenheit außerordentlich stark durch Investitionen und Personal zur Schaffung der Kitaplätze belastet. Die Schaffung der Kitaplätze war politisch gewollt und unbedingt notwendig, dies aber nicht um jeden Preis. Wir, die Fraktion von FDP / FWV, hatten im Rat den Antrag gestellt, die Investitionen auf 20.000 € / Platz zu deckeln.

Es gibt 2 Maßnahmen, die der Rat mehrheitlich genehmigt hat: In einem Fall kostet die Schaffung von 20 Plätzen 2 Millionen €, in einem anderen Fall 1,7 Millionen, bei einem Finanzierungszuschuss durch die Stadt Aalen von circa 70 %.

Im letzten Fall hat der Träger im Jahr 2009 einen Antrag an die Stadt Aalen gestellt über einen Zuschuss von 400.000 €, am Ende kostet die Maßnahme 1,7 Millionen €.

Besonders ärgerlich ist, dass der Bauträger einen Architektenwettbewerb durchführt, die Stadt auch den Wettbewerb bezahlt, ohne eine Mitsprache zu beanspruchen. Baufehler, die gemacht werden oder früher gemacht wurden, werden von der Stadt wiederum mitfinanziert. Wir haben bei den Haushaltsberatungen am 22./23. November 2012 für 2013 vergeblich den Antrag gestellt, "das Rechnungsprüfungsamt überprüft die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen."

Die Verwaltung hat im Übrigen die Investitionskosten für die beiden Projekte auf die bereits bestehenden Kindergartenplätze umgelegt, trotzdem liegen diese Investitionen pro Kind mit 27.000 € bzw. 26.000 € weit über dem Landesdurchschnitt und dem Durchschnitt in Aalen von 4.000 € / Kind.

Die Bedürfnisse der Bürger in Aalen müssen finanziert werden, Betreuung der Kinder, die Schulen, soziale Einrichtungen, Unterhalt von Gebäuden und Straßen usw.

Was darüber Ansprüche anbetrifft, die das Leben der Menschen in Aalen angenehm und lebenswert machen, muss in jedem einzelnen Fall geprüft werden, was die Stadt leisten kann.

Sie, Herr Oberbürgermeister Rentschler, werden von unseren Kindern und Enkeln nicht nur danach beurteilt, was alles in Ihrer Amtszeit geschaffen wurde, sondern, was die Kinder und Enkel dafür viel später zahlen müssen. Die Globalisierung, die wirtschaftliche Entwicklung macht die Situation in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Aalen, zunehmend schwieriger. Steuererhöhungen, Schuldenmachen sind nicht das Gebot der Stunde, sondern Schuldenabbau.

Dazu kann auch beitragen, den Haushalt zu strukturieren. Interne Verrechnungen zwischen einzelnen Ämtern, wie dem Rechnungsprüfungsamt und der Kämmerei, können dazu beitragen.

Zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den Steuermitteln der Stadt Aalen gehören auch die Ausgaben für den Umwelt- und Klimaschutz.

1. Die Stadt Aalen, das heißt, die Stadtwerke, müssen ihren Anteil an der Gewinnung erneuerbarer Energien leisten. Alle bisherigen Beteiligungen der Stadtwerke Aalen, wie Südweststrom Kraftwerk, Südweststrom Windpark, Natur Energie Ostalb, Trianel, müssen abgeschrieben werden. Für die geplanten Windkraftwerke auf der Gemarkung Aalen, an denen sich die Stadtwerke beteiligen wollen, müssen jetzt von den Stadtwerken Aalen Wirtschaftlichkeitsberechnungen erarbeitet und dem Gemeinderat vorgelegt werden. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob die Windenergie in Aalen zum wirtschaftlichen Betrieb der geplanten Anlagen ausreicht.

Um die hochstrebenden Pläne der Landesregierung ist es ruhig geworden. Die geplanten Anlagen mit Flügelhöhen von 240 m werden vernünftiger Weise immer kleiner, ob diese jedoch mit Flügelhöhen von 192 m vertretbar sind, müsste dringend geprüft werden. Es nutzt nichts, Wirtschaftlichkeitsberechnungen erst aufzustellen, wenn Bauanträge gestellt werden. Sollten die Anlagen nicht wirtschaftlich betrieben werden können, müssen Alternativen für erneuerbare Energien jetzt diskutiert und beschlossen werden, nicht in 5 Jahren. Wir haben jetzt bereits 2 Jahre verloren.

2. Die effektivsten Maßnahmen im Rahmen von Klima- und Umweltschutz sind jedoch Einsparungen. Dabei will ich auf das Isolieren von Wohngebäuden hinweisen. Ich meine, dass hier wesentlich mehr getan werden sollte.
3. Es geht vor allem um den Verkehr in der Stadt Aalen. Die beschlossene Untersuchung für die Verkehrsentwicklung sollte auf dem Hintergrund des KEA-Gutachtens Maßnahmen aufzeigen, Energie- und Feinstaubbelastungen zu reduzieren. Bei jedem Stopp verbrauchen die Personenkraftwagen beim Anfahren im Schnitt 0,02 Liter Kraftstoff. Ziel muss es sein, den innerörtlichen Verkehr nicht schnell, sondern ohne Stopps, zumindest ohne vermeidbare Stopps, zu leiten. Dadurch könnte man allein in Aalen den Kraftstoffeinsatz um 1000 bis 1500 Tonnen / Jahr verringern und gleichzeitig die Feinstaubbelastungen drastisch reduzieren.

Die Einsparung an Kraftstoff führt zu Kosteneinsparungen bei den Bürgern in Höhe von circa 1,8 Millionen € / Jahr.

4. Die Fraktion von FDP / FWV wünscht im Sinn der Bürgerschaft der Stadt vom Bauamt eine zügige Behandlung von Bauanfragen, Baugesuchen usw. Personelle Engpässe müssen durch Personalumschichtungen bei Neueinstellungen behoben werden.

5. Anträge werden wir nicht stellen, auch um Steuererhöhungen für die Bürger der Stadt zu vermeiden. Der Haushalt für das Jahr 2014 ist Ihre Eröffnungsbilanz.

### **Schluss**

Sehr geehrter Herr Rentschler,

es wird Ihnen nicht gefallen, dass wir uns zumindest mit großer Mehrheit dem Antrag der Grundsteuererhöhungen widersetzen.

Helfen Sie mit, die Spirale von Steuererhöhungen, Gebühren- und Abgabenerhöhungen, Energiekostenerhöhungen und damit den berechtigten Forderungen der Beschäftigten nach Gehaltserhöhungen, Erhöhungen von Sozialversicherungsleistungen usw. zu beenden.

Ändern Sie die Struktur des Haushaltes. Prüfen Sie die geplanten Ausgaben auf Wirtschaftlichkeit und helfen Sie energisch mit, die Schulden der Stadt Aalen abzubauen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Klein  
Mitglied im Aalener Stadtrat  
Fraktion FDP / FWV